

## El Salvador

### **Amnesty International wendet sich dringend gegen Ausdehnung der Todesstrafe**

Amnesty International ist besorgt, daß die Gesetzgebende Versammlung in El Salvador die ausgedehnte Anwendung der Todesstrafe in Betracht zieht. Mitglieder der regierenden ARENA-Partei sagten, daß sie den Antrag mit der Begründung einbrachten, daß die Todesstrafe von Gewaltverbrechen abschrecken würde.

Gegenwärtig ist die Todesstrafe nur anwendbar auf während eines internationalen Krieges begangene Verbrechen wie Spionage und Verrat. Eine Verfassungsreform zur Ausdehnung der Todesstrafe wurde von der letzten Gesetzgebenden Versammlung im April 1991 gebilligt. Diese würde die Todesstrafe auf während Friedenszeiten begangenen Mord, Vatermord und Fälle von Raub, Entführung, Vergewaltigung und Brandstiftung, die Mord zur Folge haben, ausweiten. Verfassungsreformen müssen jedoch von zwei aufeinanderfolgenden Gesetzgebenden Versammlungen ratifiziert werden, um in El Salvador zum Gesetz zu werden. Die derzeitige Versammlung, die im Mai 1991 ihr Amt antrat, ist nun an der Reihe, die Reform von 1991 zu ratifizieren.

Die Ausdehnung der Todesstrafe in El Salvador würde eine Verletzung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention darstellen, die feststellt, daß die Todesstrafe nicht auf Verbrechen ausgeweitet werden darf, auf die sie gegenwärtig nicht anwendbar ist. Sie verletzt auch die salvadorianische Verfassung, nach der internationale Verträge, die von El Salvador ratifiziert worden sind, Teil inneren Rechts sind und durch kein anderes Gesetz geändert werden können. Bestimmungen der Verträge haben Vorrang vor innerem Recht.

Obwohl der Antrag von Mitgliedern der ARENA-Partei eingebracht wurde, hat der Justizminister Berichten zufolge erklärt, daß er gegen eine Ausdehnung der Todesstrafe sei. Der Präsident des Obersten Gerichtshofs und der Erzbischof von San Salvador haben nach Berichten ebenfalls ihre Ablehnung des Antrags in öffentlichen Stellungnahmen verkündet.

Amnesty International übermittelte ihre Besorgnis am 17. Februar in einem Brief an den Präsidenten der Gesetzgebenden Versammlung. Die Organisation drängt darauf, daß alle Mitglieder der Versammlung gegen den Antrag stimmen.

Übersetzung: amnesty international  
El Salvador-Koordinationsgruppe  
Postfach 1124  
7400 Tübingen 1

Verbindlich ist das englische Original:

"El Salvador: Amnesty International Urges Against Extension of Death Penalty", AI-Index: AMR 29/WU 01/93, 18 February 1993.